

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

20XXIII/4

Bonn, den 5. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Gewissenhafte Vorbereitung;</u> Im Vorfeld des SPD-Parteitag in Nürnberg	57
	<u>Makaber</u> "Spaß in Griechenland"	19
5	<u>Große Koalition aus britischer Sicht</u> Anerkennung und Bedenken Von Karl Briem	40
- 5	<u>ZWG und KAGHRE</u> Schrittweise Annäherung der Standpunkte Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Wehner	89

* * *

*

Gewissenhafte Vorbereitung

Im Vorfeld des SPD-Parteitagess in Nürnberg

G.M. - In Vorbereitung des ordentlichen diesjährigen SPD-Parteitagess, der vom 17. bis 21. März in Nürnberg stattfindet, stellt der Parteivorstand den Bezirken ein Dokument zur Verfügung, das in großen Zügen die Grundlinien sozialdemokratischer Politik für die 70er Jahre aufzeigt.

Diese Form der Vorbereitung eines Parteitagess ist ein Novum in der Geschichte der SPD. Im November vergangenen Jahres hatte die SPD auf ihrer großen Arbeitstagung in Bad Godesberg eine Analyse der bisherigen Leistungen der Regierung der Großen Koalition vorgenommen. In der breit-angelegten Diskussion, an der sich über 200 Delegierte beteiligten, war mehrfach der Wunsch geäußert worden, über die Tagespolitik hinaus eine Konzeption oder Perspektive für die sozialdemokratische Politik im Sinne der gesellschaftsverändernden Faktoren im letzten Teil dieses Jahrhunderts zu entwerfen und entsprechende Vorbereitungen für den Nürnberger Parteitag zu treffen.

Das ist jetzt geschehen. Der Entwurf liegt vor, er wird zur Zeit im Parteivorstand diskutiert und soll dann den Bezirken vorgelegt werden, damit diese selbst Änderungsvorschläge für den Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung entwerfen können.

Diese Methode der Vorbereitung eines Parteitagess kommt nicht nur dem seit langen in der Partei selbst geäußerten Wunsch nach intensiveren Diskussionen über die Politik der Gesamtpartei entgegen. Er gibt auch den Bezirken die Möglichkeit, ihre Delegierten zum Parteitag nach den Ergebnissen der Diskussion auf den Bezirksparteitagess zu wählen. Der Parteivorstand erwartet, daß sich hierdurch bei der Zusammensetzung der auf den Parteitag zu entsendenden Delegationen schon im Vorfeld des Nürnberger Kongresses eine Profilierung der Standpunkte vollzieht.

Oft genug wurde in der Vergangenheit bedauert, daß die Delegierten eines Parteitagess erst kurz vorher oder während des Kongresses mit Anträgen konfrontiert wurden, deren Beratung unter diesen Umständen in den Bezirken nicht mehr möglich war. Die neue Methode der Vorbereitung eines Parteitagess wird also dazu beitragen, den entscheidenden

Beschlüssen von Nürnberg die Grundlage der Willensbildung von unten nach oben zu geben. - Selbstverständlich werden dadurch auch die Bezirksparteitage, die jetzt zur Vorbereitung des Nürnberger Kongresses durchgeführt werden, mehr als früher im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stehen. Man darf erwarten, daß die regionale Presse und darüber hinaus auch die großen meinungsbildenden Organe, die ihre Leser über das Geschehen in der ganzen Bundesrepublik unterrichten, den selbstverständlich vor der Öffentlichkeit geführten Diskussionen auf dem Nürnberger Parteitag eine erhöhte Aufmerksamkeit entgegen bringen werden. Hierbei werden sicher auch manche regional bedingten und die Spitze der Partei kritisierenden Argumente in den Vordergrund geschrieben werden.

Das sollte jedoch niemanden verwundern. In einer Zeit des Umbruchs, in der innen- und außenpolitische Probleme auf der Tagesordnung stehen, deren Bedeutung weit über das hinausreicht, was dem im Wohlstand lebenden Bürger bisher genügt, können die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht kritisch genug mit sich selbst umgehen. Es wäre aber falsch, wollte man Einzelstimmen überbewerten und aus ihnen auf das Ganze schließen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihren mehr als 700 000 Mitgliedern betrachtet es als ihre Pflicht, das kritische Denken zu fördern, um dadurch weit über ihre eigenen Reihen hinaus in unserem Volk das Bewußtsein zu stärken, daß der Fortschritt weder "verordnet" noch "beschlossen" werden kann, sondern immer nur das Ergebnis eines ständigen Prozesses des Mitdenkens aller Bürger eines Staates ist.

+ + -

Wakaber

"Spaß in Griechenland"

sp - Was mögen sich wohl die Verfasser eines Wandkalenders, der vertrieben von der Griechischen Zentrale für Fremdenverkehr in Frankfurt, gedacht haben, als sie ihrem Produkt den Titel "Spaß in Griechenland" gaben? War es blanker Zynismus, verbunden mit einer Verhöhnung jener Opfer, die von der Militärjunta wider alles Recht und Gesetz in die Kerker geworfen oder auf öde Felseninseln, fern von aller Welt, verbannt wurden? Die Opfer können sich nicht wehren, das griechische Volk ist zum Schweigen verdammt. Friedhofstille herrscht im Lande der Hellenen, die Willkür regiert. Die Herrschaft der Obristen mißachtet jedes Menschenrecht und die Freiheit ist im Mutterland der Demokratie ausgelöscht. Und das soll "Spaß in Griechenland" sein? Dieser Kalender, als Werbung gedacht, beleidigt die Gefühle aller Menschen, für die die griechische Tragödie eine Herausforderung des menschlichen Gewissens ist. Wer von ihnen will auch schon das von den Obristen geschilderte Griechenland besuchen? Hinter den Bildern von lachenden, badenden und fröhlichen Menschen, die der Kalender enthält, stecken Elend und Verzweiflung eines freiheitsliebenden Volkes, dem die Menschheit soviel zu verdanken hat und das nun geknebelt garnieder liegt.

+ + +

Große Koalition aus britischer Sicht.

Anerkennung und Bedenken

Von Karl Briem

Die britische Öffentlichkeit betrachtet die Politik der Großen Koalition nicht losgelöst von den Schwierigkeiten im eigenen Lande. Besonders die deutsche Haltung gegenüber den Bemühungen der Regierung Wilson, England in die Europäische Gemeinschaft zu führen, wird sehr kritischen Betrachtungen unterzogen. Hierbei stehen auch - aus britischer Sicht - die angeblich unterschiedlichen Einstellungen von Kiesinger und Brandt gegenüber der Politik de Gaulles im Vordergrund.

Der Besuch Bundeskanzler Kiesingers in London Ende Oktober 1967 wurde von der britischen Presse zunächst positiv gewertet. Inzwischen glaubt man, daß Außenminister Brandt besser in der Lage sei, den geringen Spielraum zwischen Paris und Bonn zu nutzen. Vom Bundeskanzler wird befürchtet, er könne sich innerhalb der CDU/CSU nicht gegen gewisse antibritische Strömungen genügend durchsetzen.

Ein weiteres Hauptaugenmerk der englischen Öffentlichkeit richtet sich auf die Entwicklung der antidemokratischen NPD und die Diskussion der beiden großen Koalitionspartner, wie man diese Distel in der Bundesrepublik am besten an ihrer Wurzel ausreißen könnte. Es gibt in England Stimmen, die meinen, daß die Zunahme der NPD-Anhänger die Christdemokraten dazu verführen könne die extreme Rechtspartei noch in ihrem Tonfall zu übertreffen. Ein Wahlrecht nach britischem Muster wird ebenso lebhaft begrüßt, wie vor einem Übergangswahlrecht im Jahre 1969 zur Ausschaltung großer innen- und außenpolitischer Probleme skeptisch gewarnt wird.

Als unbestreitbare Erfolge der Großen Koalition werden die Überwindung der schlimmsten Wirtschaftsschwäche nach dem Kriege, Hand in Hand gehend mit der Ordnung des Staatshaushaltes genannt. Die mühsamen Erfolge in der neuen deutschen Ostpolitik werden doppelt gewürdigt, weil sie im Inland gegen zum Teil extrem konservative Kreise durchgesetzt werden mußten. Die Engländer machen keinen Hehl daraus, daß sie die Bemühungen des deutschen Außenministers, in Europa die Stagnation zu überwinden, nach besten Kräften unterstützen werden.

Auf einen Kenner gebracht, werden der Regierung Kiesinger/Brandt gute Leistungen bescheinigt, gleichzeitig aber der Wunsch geäußert, daß sich 1969 auch in der Bundesrepublik das demokratische Wechselspiel der parlamentarischen Kräfte vollziehen möge, damit einmal der jungen Demokratie Inhalt verliehen werden könne, zum anderen der positive politische Aufschwung durch die unverbrauchten Kräfte, die diese Große Koalition entscheidend tragen, weiter ausgebaut werden kann.

EWG und MAGHREB

Schrittweise Annäherung der Standpunkte

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Eine Reihe von Tatsachen, Verhandlungen und Verträgen führen in letzter Zeit zu besseren Wirtschaftsbeziehungen zwischen den drei MAGHREB-Ländern (Algerien, Tunesien und Marokko) und der EWG. Zugleich vermerkt man eine zunehmende wirtschaftliche Verständigung unter den MAGHREB-Ländern, deren Wirtschaftsminister Ende 1967 in Tunis die Grundlagen eines Vertrages zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Integration beschlossen. Für eine Reihe von Industrien soll es in den beteiligten Ländern freie Ein- und Ausfuhr geben. Zur Finanzierung gemeinsamer Projekte ist die Schaffung einer MAGHREB-Bank vorgesehen.

Keine Vorurteile

Die algerische Regierung hegt auf wirtschaftlichem Gebiet keine Vorurteile. Angebote werden nicht nach politischer Zugehörigkeit der betreffenden Länder, sondern ausschließlich vom Standpunkt der praktischen Zweckmäßigkeit geprüft und entschieden. So entschließt sich Algier häufig eher für westliche Vorschläge als für östliche Angebote.

Ein typisches Beispiel: Für den Hüttenkomplex in Anaba hat Algerien die Unterstützung der Deutschen Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens und der Sowjetunion. Eine westdeutsche Firma errichtet ein Röhrenwerk für die algerische Erdölindustrie. Französische Hüttenindustrielle machten deshalb Vorstellungen bei General de Gaulle. Als "Trost" bekamen sie einen Teilauftrag: Lieferung von Röhren für die Gasleitung von Hassi R'Mel-Skikda.

Frankreich hat nicht mehr das wirtschaftliche Monopol in Algerien. Große Aufmerksamkeit erregt das neue Abkommen Algeriens mit Krupp. Industrie- und Hüttenausrüstungen werden diesem Vertrag zufolge von der Ruhr nach Algerien geliefert, das als Gegenleistung in verstärktem Maße Zink und Eisenerz in die Bundesrepublik ausführt. Die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit zwischen Bonn und Algerien entwickelt sich, obwohl es bis jetzt zwischen den beiden Ländern noch keine diplomatischen Beziehungen gibt. Frankreich ist an der Phosphat-Gesellschaft des Djebel Onk beteiligt, südlich von Tebessa an der tunesischen Grenze. Der algerische Staat hat jedoch letzthin die französischen Privatinteressen dieser Gesellschaft aufgekauft und besitzt somit die Mehrheit der Aktien. Parallel dazu gibt es derzeit Verhandlungen zwischen Paris und Tunis, sowie zwischen Paris und Rabat zur Wiederherstellung normaler Beziehungen.

Algerische Arbeitskräfte in Frankreich

In Mittelpunkt französisch-algerischer Gespräche standen kürzlich die Probleme der algerischen Arbeiter in Frankreich. 550 000 Algerier leben derzeit in Frankreich; mehr als vor der Unabhängigkeit.

Die meisten wohnen in sehr schlechten Verhältnissen, insbesondere

re in "Bidonvilles", Kollern und zusammengepfercht in "chambres meublées". Laut Statistik zählt man unter den in Frankreich arbeitenden Algeriern ungefähr 60 Prozent Hilfsarbeiter, 30 Prozent spezialisierte Arbeiter und 10 Prozent qualifizierte Arbeiter. In den französisch-algerischen Gesprächen ist auch von der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse der in Frankreich lebenden Algerier die Rede, die in der Bauindustrie und bei öffentlichen Arbeiten eingesetzt werden.

Frankreich braucht diese Arbeitskräfte. Algerien ist seinerseits an einer Verminderung der Arbeitslosigkeit im eigenen Land interessiert. Man zählt derzeit 2 Millionen Arbeitslose in Algerien.

Die algerische Einwanderung ist in Frankreich nicht wirklich organisiert. Die Einwanderer kommen zumeist mit der Adresse eines Verwandten oder eines Kameraden. Die französische Bevölkerung ist misstrauisch in punkto Reinlichkeit, Gesundheit, Sicherheit. Viele Franzosen wissen jedoch, daß Algerier sich in normalen Verhältnissen normal betragen. Die Statistik beweist, daß Verbrechen bei algerischen Einwanderern im Prozentsatz nicht häufiger sind als bei Franzosen. Die Hetzkampagnen gewisser Blätter, insbesondere der Pariser Wochenzeitung MINUTE (rechtsradikal) gegen die Nordafrikaner, finden in der französischen Bevölkerung keinen großen Widerhall.

Massenvorurteile gibt es jedoch bei gewissen Franzosen stärker gegenüber Arabern als gegenüber anderen Ausländern. Die Pariser Wochenzeitung NOUVEL OBSERVATEUR (linksunabhängig) berichtete darüber kürzlich in einer Rundfrage. Die Wunden des siebenjährigen Algerienkrieges sind noch nicht ganz geheilt.

Schrittweise Annäherung

Algerien pflegt auch mit einem weiteren EWG-Land gute Beziehungen mit Italien. Algerisches Erdgas wird nach Sizilien und Süditalien ausgeführt. Zu diesem Zweck wurde eine algerisch-sizilianische Gesellschaft gegründet. Eine Untersee-Gasleitung soll Algerien und Sizilien miteinander verbinden.

Auch in den Verhandlungen zwischen Marokko und der EWG sind interessante Resultate festzustellen. Die Einfuhr marokkanischer Zitronen nach Europa soll erleichtert werden. Eine Zollsenkung von 80 Prozent wird von der EWG vorgeschlagen. Die Marokkaner verlangen noch größere Zugeständnisse, mit dem Hinweis auf die Geldentwertung in Israel und Spanien. Die beiden letztgenannten Länder sind wichtige Konkurrenten Marokkos.

Auch die Ausfuhr von marokkanischem Olivenöl soll erleichtert werden. Die EWG schlägt eine Senkung des Zolltarifs von 50 Dollar pro Tonne vor, verlangt aber Herabsetzung des Olivenölpreises. Vorsugpreise für marokkanischen Wein, neue Kartoffeln, Früchte und Gemüsekonserven konnten bis jetzt nicht erreicht werden. Darüber wird weiter verhandelt. Marokko will als Gegenleistung die Einfuhr von EWG-Fertigerzeugnissen erleichtern, wie dies bisher schon für Frankreich der Fall ist. Schrittweise nähern sich die Standpunkte. Die EWG ist für Afrika ein Beispiel für die Möglichkeiten wirtschaftlicher Integration. Verständnis und Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika sind eine Gewähr für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt auf beiden Kontinenten.